



Dr. Nina Scheer

Mitglied des Deutschen Bundestages

Rechenschaftsbericht zum Kreisparteitag der SPD Herzogtum Lauenburg am 23. November 2019

liegt am 23. November gedruckt aus



Liebe Genossinnen und Genossen,

der Rechenschaftsbericht über mein Wirken als eure Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd knüpft zeitlich an den Bericht für den Kreisparteitag am 4. November 2017 an. Er behandelt sowohl die parlamentarische Arbeit in den Ausschüssen, Gremien und der Fraktion, die vielfältige Arbeit vor Ort im Wahlkreis sowie Termine auf Einladung andernorts.

Ausführliche Informationen können auch meiner Homepage unter www.nina-scheer.de entnommen werden. Hier sind u.a. Stellungnahmen zu ausgewählten Themen, Reden im Plenum, Veranstaltungsberichte, persönliche Erklärungen (zu Protokoll, begleitend zu Abstimmungen im Bundestag), Pressemitteilungen und auch mein vierteljährlich erscheinender Newsletter zu finden, der zudem als Printmedium auf Veranstaltungen und in den SPD-Büros ausliegt. Alle Genossinnen und Genossen ohne Internet bekommen die über die Homepage bereitgestellten Informationen gerne auf Anfrage schriftlich zugesandt.

Bereits vor der Bundestagswahl 2013 hatte ich Veranstaltungsreihen ins Leben gerufen, die ich seither fortsetze. Zu diesen zählen die Reihe "Chancen ergreifen - Zukunft gestalten" sowie themenbezogene "Politische Frühstücke". Ergänzend kam nun das Format "Nina Scheer im Gespräch mit ..." hinzu. An den Schulen biete ich seit 2016 eine Gesprächsreihe "Querlesen" an. Mit den Veranstaltungen möchte ich sowohl die mit dem „Arbeitsprogramm“ des Parlaments gegebenen Themen aufgreifen als auch solche, die vor Ort nach Auseinandersetzung und politischem Handeln verlangen. Ein enger Austausch und die Zusammenarbeit mit den Ortsvereinen ist mir dabei ein besonderes Anliegen. Ein weiteres Veranstaltungsformat: "Fraktion vor Ort" bietet die SPD-Bundestagsfraktion. Zu Themen, die wir in der Bundestagsfraktion behandeln, ermöglicht dieses Format unter Einbeziehung einer Fraktionskollegin, bzw. eines Fraktionskollegen Veranstaltungen auszurichten.

Bereits an dieser Stelle möchte ich allen Genossinnen und Genossen für ihre tatkräftige Unterstützung danken.

Mit herzlichen Grüßen
eure

Bundestagswahl 2017

Das Ergebnis der Bundestagswahl war für die SPD und damit für uns alle ernüchternd und damit auch ein Auftrag, Veränderungen herbeizuführen. Die Große Koalition wurde verbreitet als „abgewählt“ angesehen. In der Betrachtung des Wahlkreises 10, Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd, stellen sich die vergleichsweisen Ergebnisse wie folgt dar:

WAHLERGEBNISSE 2017						
	Wahlkreis 10		Schleswig-Holstein		Bund	
	Erststimme	Zweitstimme	Erststimme	Zweitstimme	Erststimme	Zweitstimme
CDU	39,5%	34,4%	39,8%	34,0%	30,2%	26,8%
CSU	-	-	-	-	7,0%	6,2%
SPD	27,2%	22,3%	28,8%	23,3%	24,6%	20,5%
Grüne	9,7%	10,8%	9,5%	12,0%	8,0%	8,9%
FDP	8,2%	13,6%	7,7%	12,6%	7,0%	10,7%
Linke	5,1%	6,5%	5,3%	7,3%	8,6%	9,2%
AfD	9,1%	9,8%	7,5%	8,2%	11,5%	12,6%
Wahlbeteiligung	78,9%		76,3%		76,2%	

Im Bundestagswahlkreis (WK) 10 war die Wahlbeteiligung vergleichsweise überdurchschnittlich. Die AfD erhielt im WK mit 9,8 % gegenüber 8,2 % im Landesdurchschnitt ein verhältnismäßig stärkeres Ergebnis. Für SH wiederum kann man sagen: Die AfD ist hier gegenüber dem Bundesdurchschnitt von 12,6 % deutlich schwächer geblieben.

In Landesdurchschnitt-Betrachtung haben wir im WK 10 bei der BTW 2017 mit 22,3 % gegenüber dem Landesdurchschnitt der BTW 2013 etwas aufgeholt. 2005 lag der WK 2,4 % hinter dem SH-Durchschnitt (35,8/38,2), 2009 1,4 % hinter dem SH-Durchschnitt (25,4/26,8), 2013 1,8 % hinter SH-Durchschnitt (29,7/31,5) und nun nur noch 1 % hinter dem SH-Durchschnitt.

SPD-Mitgliederentscheid zur Großen Koalition

Im Vorfeld des SPD-Mitgliederentscheides über die Aufnahme einer Großen Koalition, habe ich sowohl als örtliche SPD-Bundestagsabgeordnete als auch als SPD-Kreisvorsitzende viel mit Genossinnen und Genossen über den Inhalt des Koalitionsvertrages sowie die Frage nach dem Eintritt in eine neue schwarz-rote Koalition und anderen Regierungs- und Beteiligungsoptionen diskutiert, so auch beim Mitgliederabend, zu dem ich für den 13. Februar nach Geesthacht in den Oberstadttreff eingeladen hatte, oder am 16. Februar mit dem SPD-Kreisverband Stormarn in Bargtheide und im Rahmen eines Mitgliedernachmittags des SPD-Kreisverbandes Herzogtum Lauenburg, gemeinsam mit Gabi Hiller-Ohm am 24. Februar in Berkenthin.

Vor den Koalitionsverhandlungen hatte ich mit einer Positionierung Stellung bezogen: Vgl. <https://www.nina-scheer.de/app/uploads/2018/01/2018-01-18-Nina-Scheer-Positionierung-Sondierungen.pdf>

Insbesondere die Möglichkeit der besseren Erkennbarkeit der sich zwischen den Fraktionen unterscheidenden Ziele war für mich ein Grund, gegen ein erneutes schwarz-rotes Bündnis zu stimmen. Denn eben die schlechte Unterscheidbarkeit war ja für die Menschen offenkundig ein Anlass, ihre Stimme nicht mehr den großen

Volksparteien zu geben. Letzteres hat Protestwähler hervorgerufen, die sich in Form eines massiven Stimmenzuwachses bei der AfD wiederfanden.



Zudem war und bin ich nicht der Auffassung, dass ein Nichteintritt in eine erneute Große Koalition zwingend Neuwahlen hervorgerufen hätten. Leider wurden Alternativen, wie etwa Kooperationsmodelle, nie ernsthaft in Betracht gezogen.

Neue Funktionen in der 19. WP

Seit dem 14. März 2018 ist die neue Bundesregierung im Amt.

Mit der Einberufung der Ausschüsse verbunden ist die Verteilung der Zuständigkeiten innerhalb der Fraktion.

In der 19. Wahlperiode bin ich Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie. Damit wurde meinen Ausschusswünschen entsprochen. Für die SPD-Bundestagsfraktion habe ich in den Arbeitsgruppen Umwelt sowie Recht und Verbraucherschutz folgende Berichterstatterfunktionen: Atomenergie, Endlagerkommission und Atomsicherheit (Umwelt) sowie Bioethik, Biopatentrecht, Marken-, Patentrecht, Verbraucherpolitik (allg. Fragen), Verbraucherinformation, Verbraucherschutz, Verbraucherbildung, Wettbewerbsrecht (Recht und Verbraucherschutz).



Auf Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion bin ich zudem als stellvertretendes Mitglied des Beirats bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA) und stellvertretendes Mitglied des Kuratoriums der Stiftung "Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung" gemäß § 4 des Entsorgungsfondsgesetzes gewählt worden.

Weiterhin gehöre ich der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion an, in deren 10-köpfigen Leitungskreis ich am 20. März 2018 gewählt wurde.

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Am 25. April 2018 wurde ich zur stellvertretenden Vorsitzenden des Beirats für nachhaltige Entwicklung, PBnE, gewählt.

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung konstituierte sich erstmalig am 11. März 2004. Als ein vom Bundestag eingesetztes Gremium hat er insgesamt 17 Mitglieder. Sechs Bundestagsabgeordnete gehören der CDU/CSU-Fraktion an, drei Parlamentarier*innen der SPD-Fraktion. Jeweils zwei Mitglieder stellen die Fraktionen der Oppositionsparteien. Anders als bei den Fachausschüssen, welche die Struktur der Bundesregierung abbilden, erfüllt der Beirat eine fachübergreifende Querschnittsaufgabe. Der Beirat soll die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, die europäische Nachhaltigkeitsstrategie sowie die Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung auf internationaler Ebene parlamentarisch begleiten und Empfehlungen abgeben.

Zurzeit erarbeite ich mit meinen KollegInnen ein Konzept zur Weiterentwicklung des PBnE, wonach die Ziele für Nachhaltige Entwicklung in Gesetzgebungsprozessen eine stärkere Rolle einnehmen sollen.

Wahl zur stellvertretenden Sprecherin der Arbeitsgruppe Umwelt

In der Sitzung der SPD-Arbeitsgruppe Umwelt vom 12. Juni 2018 wurden meine Kollegin Ulli Nissen und ich zu stellvertretenden Sprecherinnen der Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion gewählt. Am 17. Oktober 2019 wurden wir erneut als Stellvertreterinnen gewählt.



Zwischenbilanz/Themen

Da der Rechenschaftsbericht den Umfang eines kleinen Buches bekäme, umfasst er nur eine kleine Auswahl in zeitlicher Abfolge: Im Schwerpunkt jene Themen, für die ich als Berichterstatterin in meinen Arbeitsgruppen (mit) verantwortlich war.

All solche Themen, die hier nicht aufgeführt sind, die ich aber gern auch an dieser Stelle aufgegriffen hätte, sind in meinen Quartals-Newslettern nachzulesen, online oder postalisch auf Nachfrage.

Vgl. Archiv Newsletter: <https://www.nina-scheer.de/category/archiv/>

Weitere Informationen finden sich auf der Homepage.

Atomgesetz-Novelle

Mit der am 28. Juni 2018 vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Atomgesetz-Novelle wurde die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts erfüllt, für Atomkraftwerksbetreiber einen Ausgleich für Interessensverletzungen zu schaffen, die ihnen durch das schwarz-gelbe Hin und Her beim Atomausstieg entstanden waren. Als zuständige Berichterstatterin verhandelte ich das Gesetz für die SPD-Fraktion.



2010 hatte die schwarz-gelbe Koalition Atomlaufzeiten verlängert, die Verlängerung dann aber wenige Monate später – nach der Atomkatastrophe von Fukushima – wieder zurückgenommen und hierbei auch die sofortigen Stilllegungen von acht Atomkraftwerken beschlossen. Das Bundesverfassungsgericht entschied mit Urteil vom 6. Dezember 2016, dass eine gesetzliche Neuregelung bis zum 30. Juni 2018 zu treffen sei, um sogenannte frustrierte Investitionen (Investitionen, die im Vertrauen auf die Laufzeitverlängerungen getätigt wurden), sowie weniger verstrombare Mengen als Folge des Wieder-Ausstiegs auszugleichen.

Es wurde damit eine Entschädigungszahlung zulasten des Staates fällig, weil unter schwarz-gelb zunächst eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke beschlossen wurde, dann aber – nach Fukushima – ein erneuter Ausstieg vorgenommen wurde. Der Zickzack-Kurs von Angela Merkel hat somit viele Milliarden Euro gekostet.

Als Berichterstatterin setzte ich mich dafür ein, die betreffende Atomgesetz-Änderung zugleich dafür zu nutzen, die Übertragung von Reststrommengen in Netzengpassgebiete (sogenannt Netzausbauggebiete; Schleswig-Holstein zählt hierzu) gesetzlich auszuschließen. Ein Verstopfen der Netze durch Atom- und Kohlestrom führt hier regelmäßig zu Netzengpässen und Abregelung bzw. dem Abschalten von Windstrom, was sowohl dem gesetzlichen Vorrang Erneuerbarer Energien widerspricht als auch den Energiewende- und Klimaschutzzielen entgegen wirkt sowie Kosten für

nicht nutzbaren Windstrom verursacht. Wenn nun von einem Atomkraftwerk auf ein anderes Atomkraftwerk, das in einem „Netzausbaugbiet“ steht, sogenannte Reststrommengen, die den Unternehmen als noch verstrombare Mengen zustehen, übertragen werden, verschärft dies den Netzengpass.

Die SPD-Fraktion nahm diese von mir empfohlene Forderung – nach einem Ausschluss der Übertragung von Reststrommengen in „Netzausbaugebiete“ – an. Leider war dies aber gegenüber dem Koalitionspartner nicht durchsetzbar.

Einen Bärendienst hat uns dabei die Initiative der schleswig-holsteinischen Jamaika-Landesregierung und des damaligen Ministers Robert Habeck erwiesen. Er forderte zwar damals öffentlich, die Übertragung von Reststrommengen in Netzausbaugebiete zu unterbinden. Laut Bundesratsinitiative setzte er sich allerdings wörtlich dafür ein, eine solche Regelung erst *nach* Inkrafttreten der Atomgesetz-Novelle vorzunehmen und dann in Form eines 'mit den Energieversorgungsunternehmen' zu entwickelnden Konzeptes. Hiermit fiel Robert Habeck uns und nicht zuletzt auch der Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in den Rücken, die sich – wie die SPD Fraktion – dafür aussprachen, die Übertragung der Reststrommengen in Netzengpässen bereits mit der Gesetzesnovelle auszuschließen. Dies schadete auch in den Verhandlungen mit CDU/CSU. Denn so konnte unser Koalitionspartner schlicht auf die Stellungnahme des Bundesrates verweisen und eine entsprechende Regelung im Zuge der Atomgesetz-Novelle ablehnen.

In mehreren Pressemeldungen habe ich, u.a. gemeinsam mit der SPD-Landtagsabgeordneten Sandra Redmann, die Atomgesetz-Novelle behandelt und auch auf das genannte Vorgehen des Bundesrates bzw. von Robert Habeck hingewiesen.

- 23. Mai 2018: <https://www.nina-scheer.de/zur-sache/pm/723-atomgesetz-novelle-fehler-von-schwarz-gelb-korrigieren-ohne-laufzeitverlaengerung.html>
- 8. Juni 2018: <https://www.nina-scheer.de/zur-sache/pm/729-scheer-atomenergie-darf-erneuerbare-energien-nicht-verdraengen-vertagung-ist-nicht-angebracht.html>
- 19. Juni 2018: <https://www.nina-scheer.de/zur-sache/pm/731-scheer-windstrom-braucht-vorrang-vor-atomstrom-schleswig-holsteinische-landesregierung-durchkreuzt-atomstrombegrenzung-in-netzengpaessen.html>
- 28. Juni 2018: <https://www.nina-scheer.de/zur-sache/pm/732-scheer-und-redmann-atomstrombegrenzung-bei-netzengpaessen-an-jamaika-und-cdu-csu-gescheitert.html>
- 29. Juni 2018: <https://www.nina-scheer.de/zur-sache/pm/736-scheer-atomnovelle-ohne-entlastung-fuer-norddeutsches-stromnetz-beschlossen.html>

Vgl. auch: Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD Entwurf eines Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes (16. AtGÄndG): <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/030/1903029.pdf>

Klima & Energiewende

Der IPCC Bericht hat in 2018 erneut die Dinglichkeit für CO₂-mindernde Maßnahmen verdeutlicht. Es darf dabei nicht um ein Recht auf 2 Grad Klimaerwärmung, sondern es muss um so wenig CO₂ wie möglich gehen, andernfalls wird der Klimawandel unbeherrschbar.

Entsprechende Verantwortlichkeiten wurden sowohl von Seiten der Europäischen Union als auch auf nationaler Ebene aufgegriffen – auch mit dem Koalitionsvertrag.

Hier verhandelte die SPD etwa höhere Ausbauziele für Erneuerbare Energien hinein und auch ein Klimaschutzgesetz. Zugleich war auch schon zum Zeitpunkt der Koalitionsvereinbarung klar, dass der Koalitionsvertrag teilweise widersprüchliche Aussagen enthält insbesondere zur Energiewende und, dass hier getroffenen Aussagen nicht ausreichen, um die internationalen wie auch europäischen und nationalen Klimaschutzverpflichtungen zu erfüllen. So reicht ein Aufwuchs auf 65 % Strom aus Erneuerbare Energien nicht aus und auch die Instrumente, den Ausbau von 65 % zu erreichen, werden durch zu geringe Ausbaumengen, reglementierende Ausschreibungsmechanismen, aber auch erhebliche Genehmigungsverfahren sowie ökonomische Fehlanreize blockiert – um nur einige Beispiele zu nennen.



Alle klimaschützenden Maßnahmen des Koalitionsvertrages erfahren zudem in der Umsetzung eine teilweise massive Verzögerung und Verwässerung durch CDU/CSU und dies, obwohl die Einigungen jeweils bereits äußerst kompromissbehaftet sind.

Dies führte mich unter anderem zu der wie folgt ausgeführten Initiative eines „Sozialdemokratischen Energiewende-Appells“:

Sozialdemokratischer Energiewende-Appell

Die von mir initiierte Online-Plattform (www.energiewende-appell.de) mit derzeit rund 1500 Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern fordert als sozialdemokratische Stimme eine zu beschleunigende Energiewende. Unter den fachpolitischen ErstunterzeichnerInnen befanden sich sowohl Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete, wie etwa Natascha Kohnen, Landes-Energieminister Christian Pegel, als auch ehemalige Minister bzw. Bundestagsabgeordnete, unter ihnen auch Erhard Eppler, Ernst-Ulrich von Weizsäcker und Monika Griefahn.



Aus der Wissenschaft zeichnete etwa auch Prof. Kai Niebert den Appell, Präsident des Deutschen Naturschutzrings. Ferner zählen mit klima- und energiepolitischen Fragen aktiv befasste SPD-Mitglieder zu den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern, darunter etwa Andrea Karsten, Trägerin des Deutschen Solarpreises.

Der Appell benennt die Energiewende als eine „Frage der Gerechtigkeit und friedenspolitische Aufgabe“ und plädiert für einen sozialverantwortlichen Kohleausstieg bis 2030 – im Zeichen von Gesundheitsvorsorge und zur Schaffung von Arbeit.

Die Plattform zielt darauf, sozialdemokratische Stimmen hinter der Prämisse ‚global denken und lokal handeln‘ zu versammeln und zu bündeln.

Der Energiewende-Appell im Wortlaut

Erneut hat der Weltklimarat die Dringlichkeit für CO₂-mindernde Maßnahmen verdeutlicht: Es darf nicht um ein Recht auf 2 Grad Klimaerwärmung, sondern es muss um so wenig CO₂ wie möglich gehen. Andernfalls wird der Klimawandel angesichts von Ernteausschlägen, Überschwemmungen und ansteigendem Meeresspiegel zur Armutsfalle des 21. Jahrhunderts. Bereits heute gibt es schon 25 Millionen Klimaflüchtlinge; bis 2050 könnten es bis zu 140 Millionen werden. Es drohen weitere Kriege um die Verteilung schwindender Ressourcen.

Der Klimawandel bedroht die Lebensgrundlagen von immer mehr Menschen. Die Ärmere sind die am ersten und stärksten Betroffenen. Deswegen ist die Energiewende eine Gerechtigkeitsfrage und friedenspolitische Aufgabe!

Die zu beschleunigende Energie-, Mobilitäts- und Wärmewende ist der zentrale Schlüssel des Klimaschutzes. Da 55% der Emissionen des Stromsektors allein auf Braunkohleverbrennung entfallen, brauchen wir den zügigen Ausstieg aus der Kohleverstromung.

Mit einem Umstieg auf Zukunftstechnologien wird ein sozialverantwortlicher Kohleausstieg bis 2030 gelingen – im Zeichen von Gesundheitsvorsorge, zur Schaffung von Arbeit, auch für die heute in der Kohlewirtschaft Beschäftigten und für Wettbewerbsfähigkeit heimischer Wirtschaft.

Erneuerbare Energien müssen in Kombination mit Speichern und intelligenten Netzen Atom- und fossile Energien verdrängen – nicht umgekehrt. Hierfür müssen Anreize geschaffen werden.

Wir brauchen einen beschleunigten Umstieg auf 100 % Erneuerbare Energien. Ausbau-Mengenbegrenzungen sind verfehlt.

Häufig wird erklärt, nationale Maßnahmen seien für internationalen Klimaschutz nicht maßgeblich. Dies trifft nicht zu. Zum einen entspricht es dem Klimaschutzvertrag von Paris, nationale Klimaschutzbeiträge zu leisten. Zum anderen beweisen die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen in Gestalt des Ausbaus Erneuerbarer Energien wie wichtig Vorreiterrollen sind: Das von dem Sozialdemokraten Hermann Scheer maßgeblich entwickelte und unter Rot-Grün im Jahr 2000 in Kraft getretene Erneuerbare-Energien-Gesetz gilt als der entscheidende Antriebsmotor einer seither weltweit in Bewegung gesetzten Energiewende. Erneuerbare-Energien-Technologien sind auf diesem Weg auch ökonomisch konkurrenzfähig geworden.

Klimaschutz heißt: Global denken und lokal handeln. Als Technologie und Exportnation trägt Deutschland eine besondere Verantwortung: dezentral,

unter Beteiligung der Menschen vor Ort. So können auch Wertschöpfung in ländlichen Räumen sowie eine Entlastung urbaner Zentren erreicht und Wohnraummangel reduziert werden.

Die Abhängigkeit von endlichen Energieressourcen bedeutet absehbar steigende Energiearmut, wenn sich die Verknappung in den Energiepreisen abbildet. Lieferengpässe von Treibstoffen aufgrund niedriger Flusspegelstände, wie sie zurzeit bereits innerhalb Deutschlands zu unterschiedlichen Preisen führen, sind Warnsignale.

Jährlich werden die Menschen in Deutschland mit 57 Milliarden Euro klimaschädlichen Subventionen belastet. Schadstoffe haben einen Preis, der sichtbar werden muss. Nur so kann ein Energiemarkt entstehen.

Mit einer CO₂- bzw. Schadstoffbepreisung für einen fairen Energiemarkt!

„Die schnelle und umfassende Einführung Erneuerbarer Energien heute garantiert, dass wir morgen eine umweltfreundliche, sichere und kostengünstige Energie für alle haben.“

Dr. Hermann Scheer (29.04.1944 – 14.10.2010)

Auf Basis des Sozialdemokratischen Energiewende-Appells entwickelte sich ein **Energiewende-Austausch** mit Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern aus dem gesamten Bundesgebiet. Dieser Austausch setzte sich zuletzt mit einem vierten Treffen am 31. August 2019 fort, zu dem ich erneut nach Berlin eingeladen hatte.



Ziel des vierten Treffens war es, die Ergebnisse der bei einem vorangegangenen Treffen im Juni gebildeten Arbeitsgruppen zu debattieren und in Form eines Positionspapiers zusammenzufassen. Darauf erwuchs ein Musterantrag, der sich auch unter den von einem Unterbezirk eingereichten Anträge zum Bundesparteitag im Dezember 2019 befindet (vgl. <https://www.nina-scheer.de/app/uploads/2019/10/Antrag-Energie-Klima-Umwelt-für-Bundesparteitag-Dez-2019.pdf>).

Ferner wurde unter www.energiewende-appell.de eine **Text-Box** geschaffen, in der beschlossene Anträge gesammelt werden können, vgl. <https://energiewende-appell.de/text-box>. Damit ein regelmäßiger digitaler Austausch und Vernetzung zum Sozialdemokratischen Energiewende-Appell erfolgen kann, ist zudem ein **E-Mail-Forum** bzw. ein E-Mail-Verteiler eingerichtet worden. Alle Interessierten können sich hier in den Verteiler eintragen lassen: <https://energiewende-appell.de/e-mail-forum>.

Klimaschutz-Paket

Im Vorfeld und mit Vorlage des Klimaschutz-Paketes im Herbst 2019 habe ich in verschiedenen Formaten auf verstärkte Energiewende-Maßnahmen gedrungen, da die Aussagen aus dem Klimaschutzpaket — auch nach einhelliger Bewertung von Seiten der Wissenschaft — nicht ausreichend sind und zu einem massiven Rückgang der Erneuerbaren Energien führen werden. Aufgrund gesetzlicher Fehlentwicklungen der letzten Jahre sind in Deutschland bereits ca. 100.000 Arbeitsplätze verloren gegangen; es drohen insbesondere in der Windenergiebranche weitere zehntausende Arbeitsplätze verloren zu gehen, wenn nicht schnell andere politische Maßgaben verfolgt werden.

Auch wenn dank der Hartnäckigkeit der SPD richtigerweise unter anderem der Fortfall des 52-GW-Ausbaudeckels für Photovoltaik vereinbart wurde, reicht die Einigung für eine dringend benötigte Beschleunigung der Energiewende nicht aus. Mit den nun definierten Abstandsregelungen von 1000 m wird der Einbruch beim Windenergieausbau an Land noch verschärft statt behoben. Zwar wird nun richtigerweise die Beteiligung von Kommunen beim Windenergieausbau angereizt, es fehlt allerdings an der Beseitigung von Genehmigungshemmnissen.

Auch die Bepreisung von CO₂ kann wie vereinbart nicht wirken, da mit zehn Euro je Tonne CO₂ ein zu geringer Einstiegspreis vereinbart wurde. Und bevor ein Aufwuchs stattfinden könnte, soll ein bürokratieintensiver Emissionshandel eingeführt werden, der die Wirkungslosigkeit verlängern wird. Vgl. hierzu wie folgt:

Pressemitteilung vom 23. Oktober 2019: CO₂-Bepreisung verfehlt Mindeststandards für Klimaschutz und Umstieg auf Alternativen: <https://www.nina-scheer.de/scheer-co2-bepreisung-verfehlt-mindeststandards-fuer-klimaschutz-und-umstieg-auf-alternativen/>

„Das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung soll abgeschwächt werden“
MDR, Aktuell, 7. Oktober 2019, Link zum Beitrag: <https://www.mdr.de/nachrichten/audio/audio-1186374.html>

„Großer Wurf“ oder „Klein-Klein“?
Deutschlandfunk, Kontrovers, 23. September 2019, Link zum Beitrag: <https://www.deutschlandfunk.de/kontrovers.1768.de.html?drbm:date=2019-09-23>

Pressemitteilung vom 20. September 2019: Klima-Eckpunkte verfehlen zentrale Energiewendehemmnisse: <https://www.nina-scheer.de/scheer-klima-eckpunkte-verfehlen-zentrale-energiewendehemmnisse/>

Scheer (SPD): „Eine weitere Verschleppung der CO₂-Bepreisung“
Deutschlandfunk, Interview, 4. September 2019, Link zum Beitrag: https://www.deutschlandfunk.de/nationaler-emissionshandel-scheer-spd-eine-weitere.694.de.html?dram:article_id=457965

IPCC zu Agrarsektor: Mehr Verbote für Klimaschutz?
Deutschlandfunk, Interview, 8. August 2019, Link zum Beitrag: <https://www.deutschlandfunk.de/informationen-am-mittag.1765.de.html?drbm:date=2019-08-08>

Pressemitteilung vom 31. Mai 2019: <https://www.nina-scheer.de/scheer-kabinett-steuert-mit-klimaschutzgesetz-auf-koalitionsvertragsbruch/>

Pressemitteilung vom 28. März 2019: Klares Ja für Einspeisevergütungen – EuGH bestätigt EEG als Nicht-Beihilfe, <https://www.nina-scheer.de/scheer-klares-ja-fuer-einspeiseverguetungen-eugh-bestaetigt-eeg-als-nicht-beihilfe/>

Ferkelkastration — ein Beispiel für eine Gesetzesänderung, der ich nicht folgen konnte

2013 hatte die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung im Tierschutzgesetz das Ende der betäubungslosen Ferkelkastration zum 31. Dezember 2018 beschlossen. Die lange Übergangsfrist sollte genutzt werden, um die bisherige Praxis durch vorhandene Alternativen abzulösen. Ferkel werden kastriert, da das Fleisch von Ebern bzw. nicht kastrierten männlichen Mastschweinen einen unangenehmen Geruch und Geschmack, den so genannten Ebergeruch, haben kann.



Am Donnerstag, den 29. November 2018 beschloss der Deutsche Bundestag in namentlicher Abstimmung das ‚Vierte Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes‘ – und damit eine zweijährige Verlängerung der betäubungslosen Ferkelkastration an männlichen Ferkeln unter acht Wochen. Im Übrigen war und ist die betäubungslose Ferkelkastration bereits verboten.

Die Fristverlängerung ist nicht Bestandteil des Koalitionsvertrages. Im Vorfeld hatte ich dafür geworben, einer Fristverlängerung von Seiten der SPD-Bundestagsfraktion nicht zuzustimmen und meine Positionierung zuletzt auch in Form einer Persönlichen Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages verfasst.

Hierin erklärte ich, dass Gesetze auch eine legitimierende Ausstrahlungswirkung haben. Es darf somit nicht länger als opportun gelten, die tierschutzrechtliche

Schmerzfreiheit aus wirtschaftlichen Gründen „auszusetzen“. Die Beseitigung der rechtlichen Erlaubnis der betäubungsfreien Ferkelkastration kann und muss offensiv auch an den Großhandel gerichtet werden.

Da wir eine gesetzliche „Ächtung“ der betäubungslosen Ferkelkastration, statt deren gesetzlich fortgesetzte Legitimation brauchen, habe ich dem Entwurf des Vierten Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes nicht zugestimmt.

Zur Persönlichen Erklärung in Gänze

<https://www.nina-scheer.de/images/2018/2018-11-29-Nina%20Scheer-Erklrung%2031%20GO-Ferkelkastration.pdf>

Geschäftsgeheimnisgesetz

Der Deutsche Bundestag verabschiedete am 21. März 2019 ein Umsetzungsgesetz der EU-Richtlinie zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen, das sog. Geschäftsgeheimnisgesetz. Als Mitglied des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz war ich für das Gesetz federführende Berichterstatterin und für die

SPD-Fraktion mit den Verhandlungen betraut.

Das Gesetz regelt, wann ein Geschäftsgeheimnis verlässlich ein Geschäftsgeheimnis ist. Zugleich gewährleistet es in Entsprechung der Richtlinie, dass weder die Presse bzw. investigativer Journalismus noch Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte durch einen zu ausufernden Geschäftsgeheimnisbegriff und Anwendungsbereich beeinträchtigt werden.



Nach Vorlage des Gesetzentwurfes durch das Bundeskabinett entfachte eindringliche und fachlich fundierte Kritik. Im Kern wurde bemängelt, investigativen Journalismus künftig über einen ausufernden Schutz des Geschäftsgeheimnisses gesetzlich faktisch zu unterbinden.

Diese Kritik wurde auch von zahlreichen Sachverständigen im Rahmen einer Anhörung des Rechtsausschusses bestätigt, die ich bei den folgenden parlamentarischen Verhandlungen in vielen Punkten durchsetzen konnte - teilweise trotz gegenteiliger Positionierung des federführenden Justizministeriums. Zu den Änderungen zeigte sich die Union insofern bereit, als dass wir uns zugleich auf eine Konkretisierung des zuvor nicht klar definierten gesetzlichen Anwendungsbereichs verständigten, an dem der Union sehr gelegen war und der aber auch dem SPD-seitigen Interesse nach mehr Rechtssicherheit entsprach.

Mit dem Gesetz ist nun aufgrund der im parlamentarischen Verfahren erreichten Änderungen ausdrücklich geregelt, dass

- individuelle und kollektive Arbeitsbeziehungen sowie entsprechende bisherige und künftige Rechtsprechung aus diesem Bereich von dem Gesetz unberührt bleiben und somit Vorrang haben. Ein besonderes Anliegen war es, Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte einschließlich der einschlägigen Rechtsprechung zu wahren.
- Gesetzlich geschützte Geschäftsgeheimnisse verlangen mit dem nun verabschiedeten Geschäftsgeheimnisgesetz ein „berechtigtes Interesse“ an Geheimhaltung – auch diese Regelung konnte ich für die SPD-Fraktion erwirken. Damit wird ein missbräuchliches Ausufernden des Geschäftsgeheimnisbegriffes verhindert und ein angemessener Interessenausgleich möglich.
- Ein weiterer wichtiger Beitrag für Rechtssicherheit und Transparenz ist der ebenfalls im parlamentarischen Verfahren errungene klare Ausnahmetatbestand für den Journalismus (§ 5), der in bestimmten Fällen den Erwerb, die Nutzung und die Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen erlaubt, wie er etwa für Recherchen unerlässlich ist. Der zuvor mit dem Gesetzentwurf der

Bundesregierung verfasste Rechtfertigungstatbestand hätte für die Presse eine abschreckende Wirkung entfalten können.

- Außerdem wurde ein Strafbarkeitsausschluss erreicht, der journalistisches Handeln nicht als strafrechtliche Beihilfehandlung wertet. Ermittlungen gegen Journalisten wegen Anstiftung zum Verrat von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, wie sie nach Aufdecken der CumEx-Geschäfte bekannt wurden, sind damit ausgeschlossen.

Das Gesetzgebungsverfahren hat einmal mehr gezeigt, wie wertvoll Sachverständigenanhörungen sind: Vielfältige Aussagen in Bezug auf die Ausgestaltung des Umsetzungsgesetzes bestärkten uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier darin, Änderungen und Konkretisierungen vorzunehmen und geben wertvolle Hinweise auf Änderungsbedarfe. In diesem Sinne war das Gesetzgebungsverfahren auch eine „Sternstunde“ des Parlaments.

Vgl. auch Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion: <https://www.spdfraktion.de/node/3542296/pdf>

und Pressemitteilung Scheer: SPD erreicht mehr Rechtssicherheit beim Geschäftsgeheimnisschutz für Presse, Medien, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer https://www.nina-scheer.de/images/PDF/2019/2019-03-13-Scheer_SPD%20erreicht%20mehr%20Rechtssicherheit%20beim%20Geschftsgeheimnisschutz%20fr%20Presse%20Medien%20Arbeitnehmerinnen%20und%20Arbeitnehmer.pdf

und Pressemitteilung Scheer: Geschäftsgeheimnisse, Pressefreiheit und Transparenz in Einklang bringen <https://www.nina-scheer.de/images/PDF/2019-03-22-PM%20Nina%20Scheer%20GeschGehG.pdf>

Vgl. NDR Zapp, 27. Februar 2019, Link zum Beitrag: <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/Schutz-fuer-Geschaeftsgeheimnisse-Gefahr-fuer-Recherche.geschaeftsgeheimnisse100.html>

Hardware-Nachrüstpflicht

Im Zusammenhang mit dem Diesel-Skandal konnte bis heute keine Hardware-Nachrüstverpflichtung der Automobilhersteller geschaffen werden und dies, obwohl die Hersteller für das Nichteinhalten von Emissionsgrenzwerten wegen des wissentlichen Einsatzes von Schummel-Software verantwortlich sind. Allein ihre aus 2017 generierten Jahresgewinne reichen aus, um die Nachrüstungen vollständig zu finanzieren.



Eine klare Benennung von Verantwortlichkeiten wie auch unmissverständliche rechtliche Rahmenbedingungen sind unabdingbar, um die klimapolitisch, aber auch

wettbewerblich überfällige Verkehrswende einzuleiten und auf alternative Antriebstechnologien, darunter auch Wasserstoffnutzung, umzusteigen. Hierin liegt zudem die Chance auf auch künftig heimische Arbeitsplätze und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Verschonungspolitik schwächt nur den Handlungsdruck ab und führt ins technologische Abseits.

Anlässlich der Debatte über die Hardware-Nachrüstung von Dieselfahrzeugen hatte ich einen Vorschlag für einen Entschließungsantrag erarbeitet. Leider wurde er innerkoalitionär nicht aufgegriffen.

Der Entschließungsantrag im Wortlaut

Hersteller-Verpflichtung zur Hardware-Nachrüstung von Dieselmotorkraftfahrzeugen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Bundestag stellt fest:

Die vom Bundesverkehrsminister Dobrindt seinerzeit eingesetzte Untersuchungskommission hat festgestellt, dass alle Hersteller Abschalteinrichtungen nutzen. Das ist auch heute noch der Fall. Auch bei Volkswagen werden weiter selbst nach Durchführung des Software-Updates Abschalteinrichtungen verwendet. Dies sind zumeist die sogenannten Thermofenster, die dazu führen, dass das Emissionskontrollsystem selbst bei durchschnittlichen deutschen Temperaturen teilweise abgeschaltet wird. Vor allem aus diesem Grund erreichen die Euro 4 und insbesondere die Euro 5 Fahrzeuge heute immer noch nicht ansatzweise diejenigen Emissionsgrenzwerte, die der Verordnungsgeber geregelt hat.

Abschalteinrichtungen sind jedoch nur unter engen Voraussetzungen zulässig. Diese sind in Art. 5 Abs. 2 der VO 715/2007/EG geregelt. Danach ist eine Abschalteinrichtung zulässig, wenn die Einrichtung notwendig ist, um den Motor vor Beschädigung oder Unfall zu schützen. Das Wort „Beschädigung“ wird dazu benutzt, zu rechtfertigen, dass schon zu deutschen Durchschnittstemperaturen abgeschaltet werden darf. Diese Auslegung geht nach eingehender rechtlicher Prüfung offensichtlich zu weit; eine Auslegung, wonach zur Vermeidung einer „Beschädigung“ das Abschalten bereits bei deutschen Durchschnittstemperaturen als gerechtfertigt gilt, würde bedeuten, einen Motor so bauen zu „dürfen“, dass er bereits bei durchschnittlichen Temperaturen nicht funktioniert. Dies kann nicht Sinn und Zweck der genannten Regelung sein. Die Ausnahme ist vielmehr eng zu interpretieren. Ein Argument, wonach das Emissionskontrollsystem abgeschaltet werden muss, weil der Motor ansonsten nicht funktioniert, kann nicht gelten. Im Ergebnis folgt dies bereits aus Art. 5 Abs. 1 der Verordnung, nach der der Hersteller das Fahrzeug so auszurüsten hat, dass es unter „normalen Betriebsbedingungen“ funktioniert.

Müssten die Hersteller die sogenannten Thermofenster entfernen, bedeutete dies für die Hersteller, eine technische Nachrüstung mit sogenannten Hardware-Updates vornehmen zu müssen.

Dazu könnte das Kraftfahrtbundesamt Nebenbestimmungen zu den Typgenehmigungen auf Basis von § 25 Abs. 2 EG-FGV erlassen. Dies entspräche dem Vorgehen bei Software-Updates (so dem Bescheid gegen VW zu entnehmen). Die Nebenbestimmungen müssen konkret benennen, dass auch die Thermofenster-Abschalteinrichtungen zu entfernen sind und zur Wiederherstellung der Vorschriftsmäßigkeit, sofern erforderlich, technische Nachrüstungen zu ergreifen sind. Dies ist durch das Beibringen geeigneter Nachweise zu belegen. Eine solche

Nebenbestimmung bezieht sich im Wege des Rückrufs auch auf alle Fahrzeuge, die schon von den betroffenen Herstellern verkauft worden sind.

Da das KBA nur für die in Deutschland erteilten Genehmigungen zuständig ist, müsste sich die Bundesregierung an die EU-Kommission wenden, damit diese die anderen Behörden der Mitgliedstaaten auffordert, ebenso bei denjenigen Genehmigungen vorzugehen, die im Ausland erteilt worden sind.

- II. Um schnellstmöglich von Seiten der Hersteller die eine Nachrüstung der betroffenen Fahrzeuge zu erreichen, wird die Bundesregierung aufgefordert,
 1. das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) anzuweisen, bei den durch das KBA erlassenen Typ- und Systemgenehmigungen für Pkw nachträgliche Nebenbestimmungen anzuordnen, die gewährleisten,
 - (a) dass keine Abschaltvorrichtungen mehr verwendet werden, die bei Außentemperaturen von wärmer als minus 10 °C ganz oder teilweise Abschaltungen des Emissionskontrollsystems (sog. Thermofenster) vornehmen und stattdessen
 - (b) zur Wiederherstellung der Vorschriftsmäßigkeit insbesondere der Emissionen des genehmigten Systems oder Typs nach der Entfernung der Abschaltvorrichtungen entsprechende Hardware-Nachrüstungen der Pkw vorzunehmen.
 2. die Kommission der Europäischen Union über die Verwendung unzulässiger Abschaltvorrichtungen bei Außentemperaturen von wärmer als minus 10 °C bei Typ- oder Systemgenehmigungen, die außerhalb Deutschlands erteilt wurden, zu informieren und die Europäische Kommission zu veranlassen, die Genehmigungsbehörden der Mitgliedstaaten, die die Typ- oder Systemgenehmigungen erteilt haben, zum Erlass der unter 1. genannten Nebenbestimmungen aufzufordern.

Berlin, den (...)
(Die Fraktionen ...)

Begründung:

Die Hardware-Nachrüstung von Diesel-Fahrzeugen ist eine wirksame Maßnahme zur Reduktion von Stickstoffdioxiden. Da die EU-weiten Grenzwerte von 40 Mikrogramm Stickstoffdioxiden pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel teilweise deutlich überschritten werden, müssen alle technischen Maßnahmen zur Reduktion von Stickstoffdioxiden ergriffen werden. Dabei erkennen wir neben der Verpflichtung, den europaweit geltenden Grenzwert einzuhalten, insbesondere den mit dem Grenzwert verbundenen Schutz der menschlichen Gesundheit als maßgebliche Anforderung an. Auch Fahrverbote kommen dabei in Betracht, müssen aber das letzte Mittel sein – nach Ausschöpfen aller anderen möglichen Maßnahmen. Eine technische Hardware-Nachrüstung ist somit dringend geboten, auch im Interesse einer fairen und Rechtsgrundsätzen folgenden Lastenverteilung.

Im Wahlkreis — Eigene Veranstaltungen



Mitgliederabende nach der Bundestagswahl

Die Frage um eine Regierungsbildung und das Mitglieder-votum nahm ich zum Anlass, zu Mitgliederabenden einzuladen. Am 28. November 2017 in Geesthacht, am 29. November 2017 in Ratzeburg, 2. Dezember 2017 in Ahrensburg und am 13. Februar 2018 in Geesthacht. Zudem war ich am 16. Februar 2018 zu Gast beim SPD-Kreisverband Stormarn in Bargteheide und gemeinsam mit Gabi Hiller-Ohm am 24. Februar in Berkenthin.



Berlinspiegel – kreisübergreifende OV-Runden

Regelmäßig lade ich – als eine Möglichkeit zum Austausch mit allen Ortsvereinen im Wahlkreis 10 – zu kreisübergreifenden Ortsvereinsrunden ein: 12. Juli 2018 in Ahrensburg, 15. November 2018 in Schwarzenbek, 3. Juli 2019 in Ahrensburg.



Bürgersprechstunden

Ich freue mich, dass meine regelmäßigen Bürgersprechstunden in beiden SPD-Büros regen Zuspruch finden (Foto Bürgersprechstunde am 23. April 2019 in Geesthacht).



Öffentlicher Diskussionsabend mit Serpil Midyatli, MdL Lauenburg, Dienstag, 27. März 2018

Vielfalt als Chance – unter dieser Überschrift hatten die SPD-Lauenburg und ich zu einem öffentlichen Diskussionsabend ins Mosaik Lauenburg eingeladen. Gastreferentin war Serpil Midyatli, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag.



Fraktion vor Ort: Personal- und Betriebsrätekonferenz Mölln, Freitag, 20. April 2018

Mit meiner Kollegin Katja Mast, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, hatte ich am 20. April zu einer Betriebs- und Personalrätekonferenz eingeladen. Unter der Überschrift ‚Zukunft der Arbeit‘ diskutierten wir mit Klaus-Stefan Clasen, Mitglied im DGB Kreisvorstand Herzogtum Lauenburg, mit Personal- und Betriebsräten sowie interessierten Bürger*innen über den Wandel von Arbeit und damit einhergehende Herausforderungen.



Öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltung: Was passiert mit dem Atommüll?

Geesthacht, 3. Mai 2018

Am 3. Mai 2018 fand in Geesthacht eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Was passiert mit dem Atommüll?“ statt. 80 Teilnehmende nahmen an der Veranstaltung in den Räumen der Stadtwerke in der Schillerstraße teil. Als Gastreferenten waren Dipl.-Ing. Wolfram König, Präsident des Bundesamtes für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) sowie Dr. Olaf Däuper, Rechtsanwalt und Partner bei Becker Büttner Held (BBH) Berlin dabei. Bürgermeister Olaf Schulze führte mit einem Grußwort ein.



Öffentl. Diskussionsabend mit Prof. Dr. Karl Lauterbach

Börnsen, 24. Mai 2018

Rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zählte der Diskussionsabend in der Waldhalle Börnsen, zu dem die SPD Börnsen und ich zum Thema ‚Pfleger stärken!‘ mit dem Gastreferenten Prof. Dr. Karl Lauterbach, stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, zuständig für Gesundheit und Pflege, Bildung und Forschung, Petitionen, eingeladen hatten.



Öffentliches Fachgespräch „Sektorkopplung und Wasserstoff für Mobilität“

Geesthacht, 28. März 2019

In die Räumlichkeiten der Stadtwerke Geesthacht hatte ich zu einem öffentlichen Stadtwerke-Fachgespräch eingeladen, um über Fragen zur Sektorkopplung, der Einbindung von Wasserstoff und Möglichkeiten von Stadtwerken zu diskutieren. Auch Olaf Schulze, Bürgermeister von Geesthacht sowie Markus Prang, Geschäftsführer der Stadtwerke Geesthacht begrüßten die Gäste. Christian Pögel, Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Foto) stellte die juristische Studie „Experimentierklauseln für verbesserte Rahmenbedingungen bei der Sektorenkopplung“ vor.



Diskussionsabend zu Mikroplastik und Plastikmüll

Geesthacht, 23. April 2019

Gemeinsam mit der SPD-Geesthacht veranstaltete ich unter dem Titel ‚Kleines Plastik – große Gefahr‘ einen Diskussionsabend zum Thema Plastikmüll und Mikroplastik im Kundenzentrum der Stadtwerke Geesthacht. Podiumsgast war Dr. Mark Lenz, Meeresökologe vom GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel.



Diskussionsabend mit Sönke Rix: Frauenrechte 2019

Oststeinbek, 13. Juni 2019

Aus Anlass von 100 Jahre Frauenwahlrecht hatte ich gemeinsam mit der SPD Oststeinbek zu einem öffentlichen Diskussionsabend zum Thema Frauenrechte und Gleichberechtigung in den Bürgersaal Oststeinbek eingeladen. Zu Gast war mein Kollege Sönke Rix, familien- und frauenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Im Wahlkreis — Weitere Aktivitäten



Zu Besuch auf Neujahrsempfängen

Zu den ersten Zusammenkünften eines jeden neuen Jahres zählen die traditionellen Neujahrsempfänge, die ich – soweit sie sich nicht überschneiden – immer gerne besuche (Foto: 19. Januar 2019 in Schwarzenbek).



Zu Jubiläen

Jubiläen von SPD Ortsvereinen sind immer ein ganz besonderer Anlass, aber auch Jubiläen wie anlässlich der 40-jährigen Amtszeit des Roseburger SPD-Bürgermeisters Otto Lübke.



Zum Austausch über bundespolitische Themen

Auf Einladung des Ahrensburger Alten- und Pflegeheims ‚Tobias Haus‘ nahm ich am 3. August 2018 am Pressegespräch zur Vorstellung eines neuen Programms für die Basisqualifikation in der beruflichen Pflege teil.



Als Vorleserin...

etwa anlässlich des bundesweiten Vorlesetages, der jedes Jahr im November stattfindet (Foto: Am 16. November 2018 mit Schülerinnen und Schülern der Grundschule in Lüttau).



Im Gespräch mit Schülerinnen und Schülern

Neben dem Austausch mit Schulklassen während eines Berlinbesuches freue ich mich auch immer über Einladungen an Schulen, um mit den Jugendlichen über aktuelle Themen und Politik zu diskutieren, etwa auch zum jährlichen EU-Projekttag (Foto: 25. März 2019 im Emil-von-Behring Gymnasium Großhansdorf).



Messen...

beispielsweise auf Einladung der Wirtschaftlichen Vereinigung Geesthacht e.V. zur Verbrauchermesse ‚Schaufenster Geesthacht‘ am 03. und 04. August 2019 (Foto: Stand der SPD Geesthacht).



Im regelmäßigem Austausch

Mit vielen Verbänden und Institutionen stehe ich in regelmäßigem persönlichem Austausch. Das Foto entstand bei meinem Besuch des Wasser- und Schifffahrtamtes am 8. April 2019 in Lauenburg, wo wir u.a. über den Ausbau des ELK sprachen.



Hilfeleistungsorganisationen vor Ort

Das THW und auch die freiwilligen Feuerwehren leisten mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit einen wichtigen Beitrag zum zivilen Bevölkerungsschutz. Dankbar bin ich den Helferinnen und Helfern und auch den Arbeitgebern für die Unterstützung beispielsweise durch Freistellungen (Foto: mit dem Ortsbeauftragten des THW Ahrensburg, Holger Zentawer).



SPD-Arbeitsgemeinschaften

Am 9. Juni 2018 war ich zu Gast auf der Landeskonferenz der Jusos Schleswig-Holstein in Bad Oldesloe. In meinem Grußwort bekräftigte ich die Notwendigkeit einer über die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages hinausgehenden politischen Idee und Haltung.



Am 20. Juni 2018 traf sich die SPD Arbeitsgemeinschaft AG 60plus Herzogtum Lauenburg zu einem Mitgliedertreffen in Schwarzenbek. Als örtliche Bundestagsabgeordnete berichtete ich aus laufenden parlamentarischen Verfahren und über geplante bundespolitische Vorhaben.



Videobotschaft

Anlässlich der regionalen Sommerakademie der FES für sozialdemokratische Nachwuchspolitikerinnen und Nachwuchspolitiker aus Südosteuropa in Sarajevo vom 29. August bis zum 2. September 2018 richtete ich mich an die Teilnehmenden in einer Videobotschaft.



Auf Events...

unter anderem anlässlich der feierlichen Eröffnung von „Dörfer zeigen Kunst“ in Kittlitz am 27. Juli 2018.



In den Ortsvereinen

Die gemeinsamen Abende mit den Genossinnen und Genossen gehören zu den schönsten Terminen. Ich freue mich über den gemeinsamen Austausch und berichte gerne über aktuelle Themen aus Berlin (Foto: Zu Gast beim SPD Ortsverein Geesthacht am 30. Oktober 2018 zur Ehre von Annemarie Argubi-Siewers).



Zu Gast bei Diskussionsveranstaltungen

Aktuelle Themen wecken Diskussionsbedarf – diesem gilt es, neben Gesprächen etwa über Podiumsdiskussionen, gerecht zu werden.

Beispiel hierfür war die 4. Regionalkonferenz der Koordinierungsstelle für die integrationsorientierte Aufnahme von Flüchtlingen des Kreises Herzogtum Lauenburg zum Thema „Integration“ unter dem Titel „Hier – und jetzt?“ am 24. November 2018 im Europagymnasium Schwarzenbek.



„Wie geht es weiter in der Dieselkrise?“ - diese Frage nahm die SPD-Glinde am 5. Februar 2019 zum Anlass für einen Diskussionsabend.



Zu Besuch

Am 7. Dezember 2018 besuchte ich gemeinsam mit Martin Habersaat, MdL das AWO-Integrationscenter in Reinbek. Nach einem Rundgang, der auch den Besuch einiger Schulungsräume mit dortigem Unterricht umfasste, fand ein Austausch mit der Einrichtungsleiterin Ilona Akoplan und der Regionalleiterin Hatice Erdem, Kirsten Niemann, Abgeordnete des Kreistages Herzogtum Lauenburg und für die AWO sowohl am Standort Geesthacht als auch Reinbek tätig, sowie Abeg Erdem statt.



Frühlingsgespräche

Politischer Abend im Rahmen der ‚Frühlingsgespräche‘ der SPD im Kreis Herzogtum Lauenburg mit Jean Asselborn am 15. Mai 2019 — im Zeichen der kurz darauf folgenden Europawahl am 26. Mai. Im Jahr 2018 war die Präsidentin der Welthungerhilfe, Bärbel Dieckmann, zu Gast.

Sommertour

Im Rahmen meiner Wahlkreis-Sommertour 2018 besuchte ich Breitenfelde, um mich vor Ort über politische Handlungsbedarfe auszutauschen. Themen der Gespräche waren unter anderem die Geruchsimmissions-Richtlinie (GIRL), die Initiative Tierwohl, die es den Landwirten ermöglicht, bessere Erträge durch artgerechtere Haltung zu erzielen und der Durchgangsverkehr, insbesondere durch LKW.



Anlässlich des Besuchs des Pumpspeicherwerks in Geesthacht zusammen mit dem Bürgermeister der Stadt Geesthacht, Olaf Schulze, wurde der im Zuge der Energiewende steigende Bedarf an Speichern diskutiert.

Im Kommunalwahlkampf



Zu Gast außerhalb des Wahlkreises — in Deutschland und im Ausland (Auswahl)

Soweit zeitlich möglich, folge ich gerne den Einladungen zu verschiedensten Diskussionsveranstaltungen:



Am 9. Juni 2018 war ich zu Gast auf dem Verbandswochenende des Juso-Bundesverbandes in Hamburg und diskutierte über die Zukunft und Visionen der Sozialdemokratie in Europa. Außerdem war ich beispielsweise zu Gast bei der AG Ökologie der Jusos Schleswig-Holstein in Kiel.



Auch verschiedene Diskussionsformate, wie das „Nordic Talking“ der IHK-Nord, stehen in Sitzungswochen mit auf dem Programm (Foto: Nordic Talking, 14. März 2018, Christian Kiel).



Über die Frage, welche Antworten die SPD auf den Klimawandel hat, habe ich mit Interessierten auf Einladung der SPD Berlin-Schöneberg am 25. September 2018 diskutiert.



Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Heinrich-Heine-Hauses diskutierte ich am 13. November 2018 in Paris über Klimaschutzpolitik.



Auf Einladung der SPD-Kiel nahm ich am 4. Dezember 2018 an der Veranstaltung „Verkehrswende für den Klimaschutz“ in Kiel teil.



Als Mitglied des Umweltausschusses und stellv. Vorsitzende des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung, PBnE, nahm ich an der UN-Konferenz „High-Level Political Forum 2019 on Sustainable Development“ (9. - 18. Juli 2019) in New York teil, hierbei u.a. auf dem Podium der Internationalen Parlamentarier Union (IPU).



Fraktion vor Ort-Veranstaltung: Öffentliche Diskussionsveranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion unter dem Titel „SPD for Future“ zum Thema Klimaschutz und Nachhaltigkeit bei meinem Fraktionskollegen Dr. Karamba Diaby in Halle (Saale) am 22. August 2019.



Am 29. August 2019 tagte der Energiepolitische Fachbeirat im Landeshaus in Kiel. Dort referierte ich in meiner Funktion als stellvertretende umweltpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion über Chancen und Risiken der LNG-Technologie-Nutzung in Schleswig-Holstein.

An der Klimakonferenz der SPD-Landtagsfraktion und der SPD Schleswig-Holstein am 28. September 2019 beteiligte ich mich terminlich bedingt via Video-Botschaft.

In Berlin



Aktuelle Mitgliedschaften in der 19. Wahlperiode:

- Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit; Stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- Stellvertretende Vorsitzende des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung
- Stellvertretendes Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur
- Stellvertretendes Mitglied des Kuratoriums der Stiftung „Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung“



SPD Landesgruppe Schleswig-Holstein

Am Montagabend oder am Dienstagfrüh in Sitzungswochen steht die Sitzung der Landesgruppe auf dem Programm. Für die Landesgruppe bearbeite ich aktuell die Themen Europäischen Union, Ernährung und Landwirtschaft, Gesundheit, Menschenrechte und, Humanitäre Hilfe, Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Wirtschaft und Energie, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.



Stellungnahmen/Eckpunkte/Publikationen

Zu aktuellen Themen des politischen Diskurses finden sich Ausarbeitungen auf der Homepage. Daneben finden sich dort sog. persönliche Erklärungen zu bestimmten parlamentarischen Abstimmungen, die mein Abstimmungsverhalten erläutern.



SPD Bundesparteitage

Als Delegierte der SPD Schleswig-Holstein nahm ich vom 7. - 9. Dezember 2017 am ordentlichen BPT in Berlin, am 21. Januar 2018 am außerordentlichen BPT in Bonn und am 22. April 2018 am außerordentlichen BPT in Wiesbaden teil.



Sitzungswochen

Die Sitzungswochen in Berlin sind eng getaktet: Arbeitstreffen, Fraktionssitzung, Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen, Plenarsitzungen, Gesprächstermine, Interviews, Parlamentarische Abende und Podiumsdiskussionen. Am Ende des Berichts findet sich ein exemplarischer Wochenablauf, Einblick in den Kalender auf www.nina-scheer.de.



Aktionstage

‘Jugend im Parlament‘, der ‘Girls Day‘, die ‘Jugendpressetage‘, das Planspiel ‘Zukunftsdialog‘, die ‘GewerkschaftsjuniorInnen‘ oder auch die Hospitanz aus dem Handwerk sind schöne Gelegenheiten, einen Einblick in die Arbeit des Bundestages und einer Bundestagsabgeordneten zu geben (Foto: Paula Kratz aus Bad Oldesloe, Teilnehmerin des Planspiels ‚Jugend und Parlament‘ am 4. Juni 2019 in Berlin).



Veranstaltungen der SPD-Bundestagsfraktion

Klimawandel: Herausforderungen für den Katastrophenschutz – unter diesem Motto hatte die SPD-Bundestagsfraktion am 8. Mai 2019 zu einer Blaulichtkonferenz mit Hilfsorganisationen, Feuerwehren, der Polizei und dem THW nach Berlin eingeladen. Unter den rund 250 Gästen war auch der Ortsbeauftragte des THW Ahrensburg, Holger Zentawer.



3-Tagesfahrten nach Berlin

In den Jahren 2018 und 2019 konnte ich insgesamt 6 Besuchergruppen mit jeweils etwa 50 TeilnehmerInnen im Rahmen der durch das Bundespresseamt organisierten Fahrten nach Berlin einladen. Die Fahrten widme ich meist bestimmten Themen. Am 18. März 2019 zum Beispiel zu „100 Jahre Frauenwahlrecht“ mit engagierten Frauen im Ehrenamt aus dem Wahlkreis.
(Foto: © Bundesregierung/Volker Schneider).



Tagesfahrten nach Berlin

Über kontingentgeförderte Tagesfahrten besuchen vor allem Schülerinnen und Schüler den Bundestag. Neben einem Info-Vortrag oder dem Besuch einer Plenardebatte steht dabei natürlich auch der Austausch auf dem Programm. Alleine hierrüber besuchten mich im Zeitraum des Rechenschaftsberichts über 1.500 Personen in Berlin.



Deutsch-Palästinensische Städtepartnerschaft Lauenburg

Im Rahmen deutsch-palästinensischer Städtepartnerschaftsarbeit empfing die Stadt Lauenburg eine Delegation aus al-Ubeidiya im zentralen Westjordanland. Gemeinsam mit Bürgermeister Andreas Thiede (Lauenburg) und weiteren Stadtvertretern, besuchte mich am 17. Januar 2018 die Delegation, der auch al-Ubeidiyas Bürgermeister Naji Alrdaydeh angehörte, im Deutschen Bundestag.



70 Jahre Grundgesetz

Anlässlich des 70-jährigen Bestehens des Grundgesetzes wurde für jede Bundestagsfraktion je ein Mitglied des Rechtsausschusses ausgewählt, um in einem Interview des Jugendportals des Deutschen Bundestages, mitmischen.de, je ein Grundrecht seiner Wahl vorzustellen. Ich wählte Art. 1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“.

Vgl. <https://www.mitmischen.de/top-thema/default-0e3b14e457/ueber-die-wuerde-des-menschen>

Reden und Wortmeldungen im Plenum des Deutschen Bundestages



15. März 2018

Einheitliches Patentgericht



20. April 2018

Rechtssicherheit im internationalen Investitionsschutz



26. April 2018

Aktuelle Stunde: Klimaschutz umsetzen – Haltung der Bundesregierung zu einer CO2-Abgabe



26. April 2018

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Tschernobyl mahnt – Atomausstieg konsequent umsetzen



8. Juni 2018

1. Lesung: Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes



28. Juni 2018

Antrag AfD: Aufgabe der Energie- und Klimaschutz-Zwischenziele 2030 des Energiekonzeptes 2010



28. Juni 2018

2./3. Lesung: Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes



Cour
Pénale
Internationale

International
Criminal
Court

28. Juni 2018

Rede zu Protokoll: Internationalen Strafgerichtshof stärken



27. September 2018

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 20a, 74, 106, 143h – Stärkung des Klimaschutzes)



27. September 2018

Erwiderung der Kurzintervention des AfD-Abgeordneten Dr. Kraft



10. Oktober 2018

Aktuelle Stunde: Notwendige Klimaschutzmaßnahmen zur Einhaltung des 1,5-Grad-Klimaziels



29. November 2018

Oppositionsanträge zu Klimaschutz und Antrag CDU/CSU und SPD „Klimakonferenz von Katowice – Pariser Klimaabkommen entschlossen umsetzen“



15. Februar 2019

Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE zum Geschäftsgeheimnisgesetz



13. März 2019

Aktuelle Stunde zu den Auswirkungen der EU-Urheberrechtsreform auf die Meinungsfreiheit



14. März 2019

Atomausstieg - Acht Jahre Fukushima



15. März 2019

Aktuelle Stunde zur Haltung der Bundesregierung zu den Klimastreiks der Fridays-for-Future-Bewegung und der Petition Scientists for Future



21. März 2019

Umsetzung der EU-Richtlinie zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen, Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz



10. Mai 2019

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Beendigung des Betriebs von Kohlekraftwerken zur Stromerzeugung (Kohlekraftwerk-Sofortmaßnahme-Gesetz)



11. April 2019

Rede zu Protokoll: Beratung des Antrags der Fraktion DIE LINKE „Deutschland braucht ein Unternehmensstrafrecht“



6. Juni 2019

Erreichung der Klimaziele



17. Oktober 2019

Antrag der AfD: Aufgabe aller Klimaschutz-Maßnahmen

Alle Reden sind als Video über die Mediathek des Deutschen Bundestages (<http://www.bundestag.de/mediathek>) abzurufen und finden sich in schriftlicher Form unter www.nina-scheer.de/zur-sache/reden.html.

Öffentliche Anhörungen



17. Oktober 2018

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Forderung von Bündnis 90/Die Grünen und der Linksfraktion, Urananreicherung und Brennelementherstellung in Deutschland zu beenden



20. November 2018

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie zum Energiesammelgesetz



30. Januar 2019

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes



20. Februar 2019

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zum Vorschlag für eine Verordnung zur Festlegung von CO₂-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge



13. März 2019

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zu: "Stand und Probleme der Phase 1 in der Endlagersuche"



25. September 2019

Öffentliches Fachgespräch im Parlamentarischen Beirat für Nachhaltige Entwicklung zum Thema „Mögliche CO₂-Bepreisungs-Modelle“



23. Oktober 2019

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz: Abmahnmissbrauch - Gesetz zur Stärkung fairer Wettbewerb

Im Internet



Sehr geehrte Website-Besucherinnen und -Besucher,

mit diesen Seiten gebe ich Einblick in meine politische Arbeit als SPD-Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd.



www.nina-scheer.de

Auf dieser Internetseite finden sich Pressemitteilungen, Veranstaltungsberichte, aktuelle Termine, Informationen zu meiner Person und zum Wahlkreis. Daneben besteht die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme über das Kontaktformular – welches zahlreiche Bürgerinnen und Bürger zum Austausch nutzen.

Social Media

Twitter: @NinaScheer_SPD

Mein Team pflegt zudem eine redaktionelle Facebook-Seite: www.facebook.com/ninascheer.spd

Mitgliedschaften: Politische Arbeit & Ehrenamt

Mitglied der **SPD** seit 1987; Mitglied der **Grundwertekommission der SPD** seit 2011; Mitglied im **Landesvorstand der SPD Schleswig-Holstein** von März 2015 bis März 2019; Kreisvorsitzende der **SPD Herzogtum Lauenburg** seit November 2017, Vorstand der **Hermann-Scheer-Stiftung**; Mitglied der **Parlamentarischen Linken** und im **PL-Leitungskreis**; Jurymitglied Deutscher Solarpreise (EUROSOLAR); Mitglied von **EUROSOLAR e.V.**, Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien; Mitglied von **IALANA e.V.**, Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen; Gründungsmitglied, **Institut Solidarische Moderne**; Mitglied **NaturFreunde Deutschlands e.V.**; Mitglied bei **EUFORES** (European Forum for Renewable Energy Sources); stellv. Mitglied des **Beirates der Bundesnetzagentur** (BNetzA); stellv. Mitglied des **Kuratoriums der Stiftung "Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung"**, Mitglied im Diskursbeirat des Kopernikus-Projektes „Energiewende-Navigationssystem (ENavi)“, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), **ZNER – Zeitschrift für Neues Energierecht**, Redaktion, **Deutsche Parlamentarische Gesellschaft e. V.**

Mein Team

... in den Wahlkreisbüros



SPD-Büro Ahrensburg – Stormarn-Süd

Antje Wolf, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Lukas Zeidler, Studentischer Mitarbeiter



SPD-Büro Geesthacht – Herzogtum Lauenburg

Anika Habersaat, Persönliche Referentin, Büroleitung

Norman Schumann, Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Immo Braune, Studentischer Mitarbeiter

... im Abgeordnetenbüro in Berlin



Markus Kuhn, Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Rangel Vasev, Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Felix John, Wissenschaftlicher Mitarbeiter

In meinen Büros finden regelmäßig Praktika statt, neben Studierenden nehmen dieses Angebot im Wahlkreis vor allem Schülerinnen und Schüler wahr.

Einkünfte und Ausgaben

<p>Abgeordnetenentschädigung (Stand 1. Juli 2019)</p> <p>Die monatliche Entschädigung wird – ausgehend von dem Betrag von 10.083,47 Euro – jährlich zum 1. Juli, erstmals seit dem 1. Juli 2016, angepasst. Grundlage ist die Entwicklung des vom Statistischen Bundesamt ermittelten Nominallohnindex, den der Präsident des Statistischen Bundesamtes jährlich bis zum 31. März an den Präsidenten des Deutschen Bundestages übermittelt. Der angepasste Betrag der Entschädigung wird in einer Bundestagsdrucksache veröffentlicht. Der zu versteuernde Auszahlungsbetrag der Abgeordnetenentschädigung und der Amtszulage vermindert sich in Ansehung der zu den Kosten in Pflegefällen nach § 27 gewährten Zuschüsse vom 1. Januar 1995 an um ein Dreihundertfünfundsechzigstel (aktuell 27,63 Euro). Ergänzend zu dem SPD-Mitgliedsbeitrag zahlen die SPD-Fraktionsmitglieder monatlich 162,68 Euro an den Parteivorstand sowie die schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten 625 Euro Mandatsabgaben an den SPD-Landesverband.</p>	<p>monatlich 10.083,47 € (brutto)</p>
<p>Zuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung und Pflegeversicherung</p>	<p>monatlich 325,02 €</p>
<p>Steuerfreie Kostenpauschale (2019)</p> <p>Wird jährlich zum 1. Januar an die Lebenshaltungskosten angepasst – für eine zweite Wohnung in Berlin, Wahlkreisbüros (Miete, Strom, Versicherung etc.), Mobilität im Wahlkreis, Teile der Büroausstattung, Ausgaben für Wahlkreisbetreuung, Repräsentation, Einladungen, Veranstaltungen, Fahrten von Mitarbeitern im Wahlkreis, Werbematerialien (außer Homepage), Porto.</p>	<p>monatlich 4.418,09 €</p>
<p>Büroausstattung/Konto für Sachleistungen (Büromittel-Pauschale) (seit 01.01.2009 unverändert)</p> <p>Büromaterial im Berliner Büro, Software, technische Ausstattung, Handy, Internet, Briefpapier etc.; nach einzelner Rechnungsvorlage abrufbar, ungenutztes Budget verfällt am Jahresende.</p>	<p>im Jahr maximal 12.000,00 €</p>

Mitarbeiterpauschale

Daneben stehen jedem Bundestagsabgeordneten monatlich maximal 22.201,00 € (Arbeitnehmer-Brutto) für die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Wahlkreisbüros und im Berliner Büro zur Verfügung (Stand: 1. April 2019). Die Gehälter werden direkt von der Verwaltung des Deutschen Bundestages an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausbezahlt. Nicht in Anspruch genommene Personalmittel behält der Deutsche Bundestag ein, sie verfallen am Jahresende.

Zudem wird zur Verfügung gestellt:

Flüge im Rahmen der Abgeordnetentätigkeit (innerhalb Deutschlands), Netzkarte der Deutschen Bahn (1. Klasse), Nutzung der Fahrbereitschaft in Berlin, Bereitstellung und Nutzung des gemeinsamen Informations- und Kommunikationssystems.

Zur Verwendung der Bonusmeilen, die bei Dienstflügen von Bundestagsabgeordneten anfallen, hat der Deutsche Bundestag eine Vereinbarung geschlossen. Die Bonusmeilen werden zwar personenbezogen erfasst, können aber auch für die Dienstreisen anderer Parlamentarier eingesetzt werden. Dies liegt im Interesse des Steuerzahlers, da damit Kosten gespart werden können. Oft werden so Auslandsflüge von Abgeordneten finanziert. Die Abgeordneten haben sich dazu verpflichtet, dienstlich erworbene Bonusmeilen ausschließlich für Dienstreisen einzusetzen. Die im Zusammenhang mit dem Mandat angefallenen Bonusmeilen dürfen nicht privat verwendet werden.

Abgeordnetenkodex

Als eine der Unterzeichner/-innen des von Marco Bülow, MdB, und Gerhard Schick, ehem. MdB, initiierten „Verhaltenskodex für Abgeordnete“, dem sich Abgeordnete parteiübergreifend anschließen können, bin ich eine freiwillige Verpflichtung eingegangen, die weit über die bestehenden Regularien hinausgeht und sich u.a. auf den Umfang von Nebentätigkeiten, den Umgang mit Lobbyisten und Geschenken und die Veröffentlichung von Dienstreisen bezieht.

Eine regelmäßig aktualisierte Übersicht all meiner Gespräche mit Verbänden, Unternehmen, NGOs und anderen Lobby-Gruppen ist hier einsehbar:

vgl.: www.nina-scheer.de/zur-person/transparenz.html

Auflistung unregelmäßiger Nebenverdienste gemäß des „Verhaltenskodexes für Abgeordnete“

29.01.2018 Berlin	Gastvortrag im Weiterbildungsprogramm „Renewable Energy Management“ des „Institute for Economy and the Environment“ der Universität St. Gallen	548,22 €
26.09.2018 Berlin	Mitwirkung als Fachreferentin im Diplomkurs „Renewable Energy Management (REMHSF)“ des Good Energies Lehrstuhls der Universität St. Gallen	516,12 €

Eine typische Sitzungswoche

Abgesehen von der parlamentarischen Sommerpause tagt der Bundestag etwa zwei Wochen im Monat in Berlin.

Montag	<p>Vormittag: Anreise nach Berlin.</p> <p>Mittag: Besprechung mit dem Berliner Team: Was liegt in der kommenden Sitzungswoche Besonderes an? Welche Themen müssen bearbeitet werden? Welche Termine und Gesprächsanfragen können realisiert werden?</p> <p>Nachmittag: Gesprächstermine im Büro. Letzte Vorbereitungen für die folgenden Tage.</p> <p>Abend: Sitzung der Landesgruppe Schleswig-Holstein in der SPD-Bundestagsfraktion</p>
Dienstag	<p>9.00 Uhr: Sitzung der AG Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion. Je nach Tagesordnung Berichterstattungen zu den Themen Atomenergie, Endlagerkommission, Atomsicherheit, Austausch und Diskussion zu aktuellen Themen, Vorbereitung der Ausschusssitzung.</p> <p>11:15 Uhr: Sitzung der AG für Recht und Verbraucherschutz der SPD-Bundestagsfraktion: Je nach Tagesordnung Berichterstattungen zu den Themen Bioethik, Biopatentrecht, Marken-, Patentrecht, Verbraucherpolitik (allg. Fragen), Verbraucherinformation, Verbraucherforschung, Verbraucherbildung, Wettbewerbsrecht, Austausch und Diskussion zu aktuellen Themen, Vorbereitung der Ausschusssitzung .</p> <p>Teilweise wird deshalb hin und her gesprungen.</p> <p>ca. 12.30 Uhr: Arbeit im Büro (Pressemitteilungen schreiben, Briefe beantworten, Reden vorbereiten uvm.)</p> <p>13.30 Uhr: Mittagstisch der Parlamentarischen Linken. Hier wird über aktuelle Themen diskutiert, häufig auch mit Gastreferenten.</p> <p>15.00 Uhr: Fraktionssitzung der SPD Bundestagsfraktion Hier werden aktuelle und Plenarthemen besprochen sowie das Abstimmungsverhalten diskutiert und die jeweiligen Redner bestimmt.</p> <p>Abend: Parlamentarische Abende, Podiumsdiskussionen, Veranstaltungen der SPD-Bundestagsfraktion.</p>
Mittwoch	<p>8.00 Uhr: Politische Themenfrühstücke, Leitungskreissitzungen der Parlamentarischen Linken, teilweise Parlamentarische Frühstücke</p> <p>9.30/10.00 Uhr: Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz</p>

13.00 Uhr: Plenum

Meist gibt es Fragestunden oder eine "Aktuelle Stunde", die auf Antrag einer einzelnen Fraktion einberufen werden kann.

Nachmittag: Es folgen über den Nachmittag verteilt (abhängig von der Tagesordnung im Plenum) teilweise Fachgespräche, Gremiensitzungen, Veranstaltungen, Gespräche mit Besuchergruppen und Büroarbeit.

13.00 Uhr: Sitzung des Parlamentarischen Beirats für Nachhaltige Entwicklung

Abend: Parlamentarische Abende, Podiumsdiskussionen (mit aktivem Part), Veranstaltungen der SPD-Bundestagsfraktion, teilweise Frauenstammtisch

Donnerstag

9.00 Uhr: Plenum, am Donnerstag tagt der Bundestag ganztägig, häufig bis in die späte Nacht hinein.

Nachmittag: Es folgen über den Nachmittag verteilt (abhängig von der Tagesordnung im Plenum) teilweise Fachgespräche, Gremiensitzungen, Veranstaltungen, Gespräche mit Besuchergruppen und Büroarbeit.

Plenumsanwesenheit, teilweise Verfolgen des Plenums über das Parlamentsfernsehen vom Büro aus.

Abend: Parlamentarische Abende, Podiumsdiskussionen (mit aktivem

Freitag

9.00 Uhr: Plenum

Mittag: Besprechung im Büro (Was muss noch erledigt werden? Was wird für die kommende Woche benötigt? ...).

Nachmittag/Abend: Rückreise in den Wahlkreis.



Dr. Nina Scheer, MdB
 nina.scheer@bundestag.de
 www.nina-scheer.de

Berliner Büro
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel.: 030 227 73537
 Fax: 030 227 76539

Wahlkreisbüro Ahrensburg
 Manhagener Allee 17
 22926 Ahrensburg
 Tel.: 04102 6916011

Wahlkreisbüro Geesthacht
 Markt 17, 21502 Geesthacht
 Tel.: 04152 8054740